



Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschaftsausschusses

Bundeseinheitliches Netzentgelt einführen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2090

Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 9. Juli 2014 überwiesenen Antrag in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 24. Februar 2016, befasst und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN den Antrag zur Ablehnung.

Gleichzeitig empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP, die folgende Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür für einzusetzen, dass

1. die vermiedenen Netzentgelte für volatile regionale Einspeiser (Wind und Photovoltaik) gestrichen werden und durch eine bundesweite gemeinsame Umlage ersetzt werden;
2. das Referenzertragsmodell fortgeschrieben wird, damit die energiewirtschaftlich effizientesten Projekte bei der zukünftigen Ausschreibung von erneuerbaren Energien bessere Realisierungschancen erhalten;

3. der Anteil der Netzentgelte, der eindeutig durch die Energiewende verursacht wird, bundesweit einheitlich umgelegt wird.“

Christopher Vogt
Vorsitzender